

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Ist eine Stabilisierung des Arbeitsmarktes möglich?



Das Wirtschaftsbarometer des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung zeigt auf „Hochkonjunktur“. Das ist ein Hinweis auf die kommende Krise. Das bedeutet, daß die jetzt stark zurückgegangene Zahl der Erwerbslosen in absehbarer Zeit wieder rapid anwachsen wird. Wenn auch dieses Anwachsen sich nicht so sprunghaft vollziehen wird wie im Winter 1925/26, wo allein in der Zeit vom 1. Dezem-

ber bis zum 1. Januar die Zahl der Arbeitslosen von 673 000 auf 1 500 000 stieg, so ist doch mit einer fühlbaren Verschlechterung des Arbeitsmarktes zu rechnen. — Die hervorragendsten Volkswirtschaftler zerbrechen sich seit Jahren die Köpfe, um Wege zu finden, die diese teilweise katastrophalen Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen vermögen. Man hat errechnet, daß die brachliegende Arbeitskraft von 1,5 Millionen Arbeitern das Volkvermögen um 6 bis 8 Milliarden Mark schädigt. Eine großzügige Arbeitsbeschaffungs-politik würde sich also schon lohnen.

Man unterscheidet bekanntlich eine Saisonarbeitslosigkeit (Baugewerbe) und eine Krisenarbeitslosigkeit. Wie man der Saisonarbeitslosigkeit vorbeugen kann, zeigt das jetzt vielgenannte Beispiel der Dennison Manufaktur Company, einer Weihnachtskartenfabrik (also ausgesprochener Saisonbetrieb), die ihre Aufträge schon im Laufe des Jahres planmäßig hereinholt und die ihre Arbeitskräfte auch in anderen Arbeitsverrichtungen ausbildet, so daß ihre Beschäftigung auch für die Zeit sichergestellt ist, wo die eine oder die andere Arbeitsgelegenheit ausfällt. Recht interessant sind auch die Ergebnisse einer amerikanischen Studienkommission, die den Saisoncharakter des Baugewerbes untersuchte und die feststellte, daß dieser Saisoncharakter mehr eine Frage der Gewohnheit als eine Frage des Klimas sei. Sie wies jedenfalls nach, daß unter bestimmten Vorsichtsmaßnahmen auch Rohbauten bei einigen Grad Kälte möglich seien.

Viel weitgehender als die Saisonarbeitslosigkeit wirkt sich die Krisenarbeitslosigkeit aus. Man sucht ihr durch planmäßige Arbeitsbeschaffung entgegenzuwirken. Ein

Hauptmittel zu ihrer Bekämpfung ist die Vorverlegung von Aufträgen des Staates und der Gemeinden, der Vorgriff auf Arbeiten, die für die Zukunft geplant sind. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung war ein solcher Versuch. Das Reich stellte im Jahre 1926, um die Auswirkungen der sogenannten Rationalisierungsstrife auf dem Arbeitsmarkt abzuschwächen, 635 Millionen Mark zur Verfügung. Diese Maßnahme des Reichs sollte zunächst eine bessere Beschäftigung in den sogenannten Schlüsselindustrien sichern dadurch, daß das Reich oder ihm

nahestehende Körperschaften als Auftraggeber großen Stils auftraten. So wurden für den Bau von Kleinwohnungen 200 Millionen als Kredite zur Verfügung gestellt. Für den Bau von Landarbeiterwohnungen und für Siedlungszwecke in den dünn bevölkerten deutschen Ostgebieten wurden 132 Millionen Mark ausgeworfen. Man hoffte damit gleichzeitig eine Umstellung von Industriearbeitern auf landwirtschaftliche Arbeit anzuregen. Zu Landarbeiterwohnungen, deren Herstellung unmittelbar den Ersatz von ausländischen Arbeitern zur Folge hatte, wurden

Die Vielen

Vielen erklang ein eisernes Wort im Gehirn,
es schoß aus der Zeit, es sprang in die Menschen hinein;
die stehen Arm an Arm gepreßt, Stirne an Stirn,
und fühlen: die Kraft der Tat kann nur in der Vielheit sein.

Das Wort umspannt sie, formt sie zu einem Leib —
tausend Fäuste, sie wachsen in eine Faust.
Vieler schwächlicher Tage armerlicher Zeitvertreib
wird zum starken Appell, dessen Fall die Erde durchbraust.

Brüder, auch du? Hand faßt freudige Hand,
Blick glänzt in Blick zu froher, seliger Sicht.
Aus dem Staube der dunklen Stunde ins harrende Land
hebt sich die Einheit der Vielen, hebt sich das neue Licht.

Alfons Pehold

zwei Drittel der Baukosten als unverzinsliches Darlehen gegeben. Für Straßenbau wurden 80 Millionen bewilligt. Die Reichsbahn erhielt 100 Millionen zur Verbesserung ihrer Anlagen, davon 30 Millionen für Gleisumbau. Inwieweit diese Maßnahmen eine Belebung des gesamten Wirtschaftslebens zur Folge hatten, sei an der Verteilung dieser 30 Millionen für Gleisumbau gezeigt. Es entfielen davon an Aufträgen an die Eisenindustrie 13,6 Millionen Mark, Holzindustrie 5,6 Millionen Mark, Steinindustrie 4,9 Millionen Mark. Die restlichen 5,9 Millionen Mark wurden von der Reichsbahn als Löhne für die Gleisumbauten bezahlt. Rechnet man, daß die Summen, die für die Lieferungen an die einzelnen Industriezweige bezahlt wurden, nicht nur Preise für Rohstoffe waren, sondern sich zu einem erheblichen Teil selbst wieder in Löhne umsetzten, so ist aus diesem Beispiel klar ersichtlich, daß eine tatsächliche Belebung des Arbeitsmarktes auf diesem Wege möglich ist, wenn sie auch lange noch nicht so tiefgreifend ist, wie es erforderlich wäre. Der Umfang der Entlastung des Arbeitsmarktes durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichs

ist nicht klar zu übersehen. Das Reichsarbeitsministerium versichert, daß es tatsächlich möglich gewesen sei, mehreren hunderttausend Arbeitern für acht Monate Arbeit zu verschaffen. Der Prozentsatz der Kurzarbeiter sank jedenfalls vom Juni 1926 bis zum Februar 1927 von 17,2 Proz. auf 5,8 Proz. Die Unternehmer wenden gegen die staatliche Arbeitsbeschaffung ein, daß sie zu einer trügerischen Scheinkonjunktur führe, die sich durch ungerechtfertigte Lohnforderungen unangenehm bemerkbar mache. So seien im Frühjahr 1926 fast keine Tarifkündigungen von Seiten der Arbeiter vorgekommen. Im Herbst 1926 wurden für ungefähr 900 000 Arbeiter, im Februar 1927 für 1 Million Arbeiter, im April 1927 für 2,5 Millionen Arbeiter und im 2. Quartal 1927 für 4 Millionen Arbeiter die Tarife gekündigt. Dabei wurden Lohnerhöhungen von 20 bis 25 Proz. gefordert. An all dem sei der Staat mit seiner Arbeitsbeschaffungsmethode schuld.

Während die Vorverlegung von Arbeiten außer der Finanzierungsfrage keine allzu großen Schwierigkeiten macht, ist das andere Mittel zur Abschwächung der Krisenarbeitslosigkeit, die Hinausschiebung von Arbeiten in die Zeiten der Krise, recht schwierig zu handhaben. Es handelt sich also darum, in Zeiten der Konjunktur Vorsorge für die Zukunft zu treffen und gewissermaßen eine Vorratskammer von Aufträgen zu schaffen, aus der in Zeiten der Krise gekehrt werden kann. Aber die Verlegung von Arbeiten in die Krisenzeit bedeutet zunächst ihr Aufschieben auf eine unbestimmte Zeit. Denn niemand weiß, wie lange die günstige Periode dauert und wann die Krise eintreten wird. Und auch der Umfang und die Auswirkung der Krise sind im voraus nicht zu übersehen. Dabei ergibt sich auch noch die schwierige Frage: Was ist denn überhaupt hinauschiebbar? Neuerungen, die den Betrieb produktiver gestalten, müssen wegen der gefährdeten Konkurrenzfähigkeit sofort durchgeführt werden. Auch Reparaturen usw. sind nicht aufschiebbar. So verblieben denn nur ganz großzügige Projekte: Trockenlegungen, Flußregulierungen, unter Umständen Kanalbauten, Talsperren usw. Nur ein Fall sei konkret genannt: Deutschland hat heute noch 4 Millionen Morgen Moorland. Urbar gemacht, würde dieses Land einer

Million Menschen Seßhaftigkeit und dauernde nützliche Tätigkeit sichern. Man hat berechnet, daß 200 000 Arbeiter auf zehn Jahre bei der Trockenlegung der deutschen Moore Beschäftigung finden könnten. Die Kosten würden sich allerdings auf 4,8 Milliarden belaufen. Das ist viel. Aber im Hinblick zu den 100 Milliarden, die im Krieg verpulvert wurden, erscheint die Summe nicht unerschwinglich.

Die Finanzierung der hinausgeschobenen Aufträge würde am besten durch eine mit der Aufspeicherung von Aufträgen Hand in Hand gehende Aufspeicherung von Geld erfolgen, so etwa, daß eine bestimmte Steuer für einen bestimmten Zweck angesammelt würde (zum Beispiel die Kraftfahrzeugsteuer zum Straßenbau usw.) Fehlende Mittel können durch Sondersteuern oder schonender durch Anleihen aufgebracht werden.

Die Hauptschwierigkeit aber würde sich durch die Schaffung einer Zentralkstelle ergeben, die infolge des heutigen Verhältnisses zwischen dem Reich und den Ländern (Bayern!) mit erheblichen Widerständen bei der Durchführung ihrer Maßnahmen zu rechnen hätte. (Einen kleinen Vorgeschmack erhielt das Reichsarbeitsministerium schon bei der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms von 1926.) Diese Zentrale würde theoretisch das einheitliche Urteil über das Wie und Wann der Arbeitsverschiebung bedeuten. Sie würde folgende Fragen zu lösen haben:

1. Welche Arbeiten sind verschiebbar?
2. Wie sind die Arbeiten zu finanzieren und wie sind die Schwierigkeiten der Finanzierung zu überwinden?

Die Zentrale würde Pläne aufstellen müssen, deren Ausführung mit einsehender Krise sofort in Angriff genommen werden könnte. Aber die Durchführung dieser Forderungen, die auf der Delegiertenversammlung für sozialen Fortschritt im Jahre 1926 skizziert wurden, würde eine starke Durchbrechung der heutigen Wirtschaftsanarchie bedeuten. Sie würde ein Stück Planwirtschaft, ein Stück Sozialismus sein. Deshalb wird man sich in der nächsten Zeit, wenn man sich schon mit dem Ausgleich der Arbeitsmarktschwankungen praktisch befaßt, mit unzureichendem Stückwerk begnügen. Eine wirkliche Regelung wird erst einer sozialistisch orientierten Wirtschaft vorbehalten sein. L. Sch.

Lohnproblem und Arbeiterschaft

Ein gewerkschaftlicher Lehrsatz lautet: Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in hohem Maße abhängig von der Stärke der Organisation, d. h., in schlecht organisierten Betrieben sind auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen schlecht. — Bei einem Organisationsverhältnis von etwa 50 Proz., mitunter noch darunter, war es möglich, Erfolge zu erzielen in Gestalt von Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und sonstigen Verbesserungen. Wenn das Ziel zu erreichen nicht ganz möglich war, wurde man nicht müde, immer wieder die Stärkung der Organisation durch Gewinnung der noch fernstehenden Kollegen als Vorbedingung zur Erreichung der gewerkschaftlichen Ziele zu betonen. Nicht immer ist es Erkenntnis der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Betätigung, die die zu den Gewerkschaften strömenden Massen zu Mitgliedern machte. Vielfach waren es Konjunkturm Mitglieder, welche glaubten, mühelos an den Erfolgen der Gewerkschaften teilzuhaben. Ein großer Teil erkannte, daß auch in der Organisation nichts geerntet wird, das nicht zuvor gesät worden ist, und da es ihnen nur ums Ernten zu tun war, kehrten sie in kurzer Zeit den Gewerkschaften den Rücken.

Von etwa 54 000 Mitgliedern in der Jahresmitte 1914 stieg die Mitgliederzahl unseres Verbandes im Jahre 1920 auf etwa 299 000, sank dann infolge Arbeiterabbaues und Inflation auf 183 300 am 1. September 1924, um sich dann langsam zu erholen. Am Jahreschluß 1926 erreichte unser Verband wieder eine Mitgliederzahl von etwa 208 000. Aber auch hier ist ein Teil der gleich nach dem Krieg neu gewonnenen Mitglieder auf das Konto der oben genannten Konjunkturm Mitglieder zu buchen.

Betrachtet man nun die Mitgliederzahlen unseres Verbandes, dann sieht man, daß wir jetzt die vierfache Zahl der Mitglieder des Jahres 1914 haben. Es ist zu verstehen, wenn von unseren Kollegen auf das Mißverhältnis zwischen dem so stark gestiegenen Prozentsatz der Organisierten und den nicht befriedigenden Lohn- und Arbeits-

bedingungen hingewiesen wird. Von der so erheblich gestärkten Organisation erwartete man eine noch stärkere Verbesserung. Dazu kommt, daß durch das Bestreben, möglichst für alle in den Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Kollegen gleich günstige Arbeitsbedingungen zu schaffen durch Ausbau des R.M.L., in den bisher immer gut organisierten Großstädten, z. B. Hamburg, manche Position, die vordem in hartem Kampfe errungen wurde, wieder aufgegeben werden mußte, zugunsten der schwächeren Gemeinden und Städte, die aus gewerkschaftlichen Gründen mit vorwärts gebracht werden müssen. Es liegt auf der Hand, daß selbst ältere, langjährig organisierte Kollegen diesen neuen Verhältnissen mitunter verständnislos gegenüber stehen, wenn sie feststellen müssen, daß so manche Errungenschaft, die mit einer nur zu 40 bis 50 Proz. organisierten Arbeiterschaft erkämpft wurde, heute preisgegeben werden muß, trotzdem die Kollegen bis zu 100 Proz. organisiert sind. Der nicht fest im Sattel der Organisation sitzende Kollege, der nur Mitglied ist, „weil es die übrigen auch sind“ oder aus einem ähnlichen Grunde, ist dann gleich mit der Schlussfolgerung bei der Hand: „Die ganze Organisation hat keinen Zweck.“ Es ist deshalb notwendig, die Zusammenhänge zwischen Organisationsstärke und Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beleuchten.

Von welchen Faktoren hängt die Lohnhöhe des Arbeiters ab? (Beschränken wir uns der Einfachheit halber auf den Lohn, die sonstigen Arbeitsbedingungen hängen meist von denselben Faktoren ab.)

Der Kampf des Arbeiters um seinen Lohn ist, volkswirtschaftlich gesehen, der Kampf um den Anteil am Ertrage seiner Arbeit. Er muß seine Arbeitskraft verkaufen und versucht, einen möglichst hohen Preis dafür herauszuschlagen. Der Unternehmer hat das entgegengesetzte Interesse, er will seine Geschäftskosten, zu denen er auch den Lohn rechnet, möglichst gering halten, um seinen Profit zu erhöhen. In dem Kampf um die Lohnhöhe ist die Stärke der beider-

seitigen Organisationen von eminenter Bedeutung. Jedoch wird die Lohnhöhe auch noch von anderen Faktoren mitbestimmt, die zum Teil glücklicherweise auch von der Arbeiterschaft beeinflusst werden können. Es ist notwendig, daß sich die Arbeiterschaft mit diesen Faktoren vertraut macht, denn nur dann können sie entscheidend beeinflusst werden.

Wenn der Lohn ein Anteil am Ertrage der Arbeit ist, dann muß logischerweise der Gesamtertrag als Faktor für die Lohnhöhe in Frage kommen. Eine Wirtschaft, die nur geringe Erträge abwirft, kann nur geringe Löhne zahlen. (Wirtschaft als Gesamtheit gedacht.) Somit ist der Arbeiter als Lohnempfänger an einem möglichst hohen Ertrag der Arbeit interessiert. Ein Kampf gegen die die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit bezweckende Rationalisierung wäre danach sinnlos. Die Erbitterung der Arbeiterschaft richtet sich auch vornehmlich gegen die Methoden der Rationalisierung, die dem Arbeiter alle Lasten aufbürden und die Vorteile dem Unternehmer vorbehalten. Aber der Arbeiter bekommt nichts geschenkt, auch den Anteil der durch die Rationalisierung erhöhten Erträge muß er sich erkämpfen.

Aber nicht nur Arbeiter und Unternehmer erheben Anspruch auf den Ertrag der Arbeit. Auch der Staat, als die Organisation, die ein friedliches Zusammenleben der Glieder eines Volkes ermöglicht, bedarf zu seiner Erhaltung eines Anteils an dem Ertrage der Arbeit (der produktiven Arbeit, im Gegensatz zu der Arbeit des Staates, die keine Vermehrung der vorhandenen Bedarfsgüter zeitigt). Dieser Anteil kommt dem Arbeiter in Gestalt von Steuern zum Bewußtsein. Auch der Staat wird beherrscht von Interessengruppen, von denen die stärkere versucht, der schwächeren alle Lasten aufzubürden. Ist der Arbeiter der Schwächere, dann werden die Staatsausgaben hauptsächlich von seinem Anteil an dem Ertrage der Arbeit bestritten werden, wie es heute noch der Fall ist. Sein Lohn wird also um diesen Teil geringer sein. Die deutsche Republik hat jedoch nicht nur die eigenen laufenden Ausgaben aufzubringen, sondern muß die aus dem verlorenen Kriege resultierenden Reparationsleistungen ebenfalls aus dem Ertrage ihrer Wirtschaft herausziehen. Wenn vom Gesamtertrag der Wirtschaft jährlich mehrere Milliarden den ehemaligen Kriegsgegnern ohne Gegenleistung ausgeliefert werden müssen, so verringert sich der für den Lohnanteil zur Verfügung stehende Betrag wiederum um ein Beträchtliches und es ist kein Zeichen einer besonderen politischen Begabung, daß man gerade in den Kreisen der Arbeiterschaft dem Reparationsproblem so gleichgültig gegenübersteht.

Die volle Ergiebigkeit der Produktion wird gehemmt, wenn die zweckmäßige und notwendige Ausweitung durch veraltete politische Grenzen gehindert wird. Die überragende Stellung, die Amerika sich in den letzten Jahren auf wirtschaftlichem Gebiet errungen hat, dankt es vornehmlich dem Umstand, daß die Vereinigten Staaten wohl aus verschiedenen Staaten als Verwaltungskörper bestehen, daß jedoch wirtschaftlich das gewaltige Gebiet eine Einheit bildet. Europa jedoch bildet mit seinen vielen Gebieten geradezu das Herrbild eines Wirtschaftsgebildes. Nicht gedeihliches Zusammenwirken mit dem Ziel: Erhöhung des gemeinsamen Ertrages, was doch eigentlich im Hinblick auf die Konkurrenz Amerikas das Geben sein müßte, sondern gegenseitige Bekämpfung durch Zölle und sonstige Kampfmittel zeigt uns die Wirtschaftsgeschichte des neuen Europa. Die Arbeiterschaft hat kein Interesse an nationa-

listischen Streitigkeiten, die letzten Endes doch nur um den Profit der herrschenden Klasse gehen, sondern sie muß mit allen Mitteln die einheitliche Wirtschaftsführung Europas erstreben (Vereinigte Staaten von Europa), weil das heutige Durcheinander der europäischen Wirtschaft eine der Ursachen der unzureichenden Entlohnung ist.

Ein Ueberblick auf die bisher aufgezeigten, den Lohn (selbstverständlich den Reallohn) mitbestimmenden Faktoren zeigt uns, daß sie zum Teil politischer Natur sind und mit politischen Mitteln beeinflusst werden müssen. Wenn Rudolf Hilferding auf dem Parteitag in Kiel die Frauen ermahnt, daß sie, wenn sie zum Wählen gehen, daran denken müssen, daß sie mit der Wahl Entscheidungen treffen, die sich in dem Lohn und damit bei der Beschaffung des Lebensunterhalts auswirken werden, so ist damit nur auf eine kurze Formel gebracht, was mit dem Vorliegenden klargemacht werden soll. Schon immer sind sich die Gewerkschaften darüber klar gewesen, daß sie nur einen Teil des Kampfes für die Befreiung der Arbeiterschaft führen können und haben in der politischen Betätigung ihre natürliche Ergänzung gesehen. Im Vorliegenden sollte nur gezeigt werden, wie notwendig die politische Beeinflussung selbst bei anscheinend so rein gewerkschaftlichen Fragen, wie Entlohnung usw. ist. Wenn hier und da in einem Betrieb wirklich die Kollegen zu 100 Prozent organisiert sind, so reicht das nicht aus, um alle die Faktoren zu ihren Gunsten zu beeinflussen, die für die Entlohnung maßgebend sind. Erst die Gesamtheit der Arbeiterschaft eines Landes und darüber hinaus die Arbeiterschaft aller Länder kann die Macht ausbringen, die zur allgemeinen befriedigenden Lösung des Lohnproblems in unserem Sinne führt. Keinesfalls darf jedoch daraus gefolgert werden, daß die Gewerkschaften nebensächlich und die politische Organisation die Hauptsache sei. Im Gegenteil, nach wie vor muß unser Ziel sein, alle Kopf- und Handarbeiter in den freien Gewerkschaften zu organisieren, weil wir dadurch zugleich den schärfsten politischen Druck ausüben können. Wenn schon ein Dr. Silverberg auf der Arbeitgebertagung erklärt, daß die große Mehrheit der Arbeiterschaft in der Sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertretung sieht, dann kann man ermesen, welche Schlagkraft und welchen Einfluß sie erhalten muß, wenn es gelingt, die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften auf das Doppelte zu bringen. Bei der wechselseitigen Durchdringung und Einwirkung von Politik und Wirtschaft ist jede Agitation für die Gewerkschaft zugleich eine politische Einflussnahme.

Hand in Hand gehen muß damit die Ausbildung der gewonnenen Mitglieder zu wirklichen Gewerkschaftern, d. h. zu denkenden, die Zusammenhänge erfassenden und logisch schlussfolgernden Mitkämpfern. Heute ist noch zu viel abhängig von der Führung der Gewerkschaften. Das Ziel muß sein, alle Mitglieder so zu schulen, daß sie in der Lage sind selbst zu entscheiden und was die Hauptsache ist, zu verantworten. Die Bildungsarbeit muß den Zweck haben, das Verantwortungsgefühl und die Verantwortungsbereitschaft zu beleben, das kein feiges Verstecken hinter dem Führer duldet.

Die Arbeiterschaft hat also eine weite Betätigungsmöglichkeit, wenn sie für die Erhöhung ihres Realeinkommens kämpft und sie hat die Pflicht, keine dieser Möglichkeiten zu vernachlässigen.

Albert Steinmeß.

Höhere Löhne statt Sozialversicherung?

Seitdem Erkelenz, wenn auch in etwas anderer, stark temperierter Motivierung, die obige These vorgetragen, bemühen sich die deutschen Unternehmer wieder in radikaler Mache gegen die gesamte Sozialversicherung. Sie spekulieren dabei auf die Harmlosigkeit und Gutgläubigkeit einer unaufgeklärten Masse. Leider gibt es, auch nach dem Weltkrieg und nach der Revolution, Millionen von Werttätigen, die unter diesen Begriff zu rechnen sind. Man bedient sich bei dieser Mache eines ebenso einfachen wie (angefichts der Harmlosigkeit weiter Kreise der ganzen Materie gegenüber) raffinierten Bluffs. Anders kann man wohl kaum die neue Unternehmertheorie bezeichnen. Sie lautet ungefähr folgendermaßen:

Unsere Wirtschaft leidet an der mangelhaften Kaufkraft der Masse. Diese Kaufkraft nun zu heben und zu stärken ist Notwendigkeit. Die Gewerkschaften verlangen hierzu: Erhöhung der Löhne! Das ist theoretisch richtig, aber praktisch unmöglich, weil kein Geld da ist. Warum ist kein Geld da? Weil zuviel Geld in den sozialen Beiträgen verlorengeht. Die sozialen Beiträge verschlingen nämlich 15 bis 24 Prozent der verdienten Löhne und einen gleichgroßen Betrag als Beitrag des Arbeitgebers. Um diese Beträge aber, also um 30 bis 40 Prozent, könnten die Löhne erhöht und damit die

Kaufkraft gehoben werden, wenn die Sozialversicherung nicht wäre. Also fort mit allen sozialen Beiträgen. Wenn der Arbeiter 30 bis 40 Prozent höhere Löhne hat, dann braucht er keine soziale Fürsorge, dann ist er in der Lage, sich selbst zu betreuen und vorzusorgen."

So die Unternehmer. Verblüffend einfach; aber selten dummler! Warum? Nun, erstens ist hier übersehen, daß die sozialen Beiträge ja auch wieder in Gestalt von Bezügen an Krankengeld, Invalidenrente oder Pensionen sich in Kaufkraft umwandeln, weil sie ja ebenfalls als unbedingt notwendiges Einkommen bezogen werden. Sie würden also, an die Arbeiter direkt ausbezahlt, nur eine Verschiebung der Kaufkraft, nie aber deren Vermehrung, bedeuten. Das gilt wenigstens volkswirtschaftlich gesehen. Die Unternehmer spekulieren hierbei natürlich auf den Eigennuß der Arbeiter, die sich davon wenigstens eine Hebung der persönlichen Kaufkraft versprechen dürften. Aber selbst hierbei würden sich diese Arbeiter gar bald als die Geprellten sehen; doch davon am Schluß.

Vorerst wollen wir noch als zweiten großen Irrtum, den man auf Grund der neuen Sozialtheorie der Unternehmer auch einhalten könnte, auf folgendes hinweisen: Es ist nicht wahr, daß bei einer Lohnerhöhung im Ausmaß der heutigen sozialen Beiträge bei Weg-

fall der Sozialversicherung die Arbeiter sich durch Selbsthilfe gegen Krankheit und Invalidität helfen könnten. Zum Beweis folgendes:

Die Löhne und Gehälter der großen Masse der deutschen Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) sind für den allergrößten Teil noch so niedrig, daß durch eine 30—40prozentige Erhöhung ihrer Einkommen erst ein normales Auskommen geschaffen wäre. Das eigene, persönlich-freiwillige Vorsorgen also, auf gut deutsch, die im Anschluß an solche Erhöhung erwartete Spartätigkeit, würde immer noch ein so großes, persönliches Opfer darstellen, daß es weiten Schichten nicht möglich wäre, sich irgendeine kleine finanzielle Reserve zu schaffen, zumindest nicht in dem Grade, um sich gegen jegliche soziale Unbill versichert zu halten im Ausmaß der heutigen Sozialversicherung. Man vergleiche hierzu nur die nachstehenden Zahlen, die kürzlich das Institut für Konjunkturforschung veröffentlichte. Von rund 15 Millionen Arbeitnehmern, die der Invalidenversicherung unterworfen sind, verdienten (März 1927):

Lohnklasse	Wochenlohn Mk.	Im Durchschnitt Januar bis März entfallen auf die einzelnen Lohnklassen voll versicherte Personen:	
		absolut	Proz. der Versicherten.
1	bis 6	946 877	6,3
2	6—12	2 527 931	16,9
3	12—18	3 015 055	20,2
4	18—24	1 870 070	12,5
5	24—30	1 399 895	9,4
6	über 30	5 178 758	34,7

Von den deutschen Angestellten beziehen Monatsgehälter: bis 50 RM. 19,8 Proz., 51—100 RM. 17,6 Proz., 101—200 RM. 32,7 Proz., 201—300 RM. 17,5 Proz., 301—400 RM. 8 Proz., über 400 RM. 4,4 Proz. der Versicherten.

Demnach gibt es rund 9,4 Millionen Arbeiter und Angestellte, deren Monatseinkommen weniger als 100 RM. beträgt.

Wir überlassen es der „Kunft“ der deutschen Arbeitgeber, den Nachweis zu erbringen, daß man bei solchen Einkommen, selbst eine 30—40prozentige Erhöhung vorausgesetzt (die übrigens von der Arbeitnehmererschaft erst sehr schwer erkämpft werden müßten), sich selbst gegen jegliche soziale Unbill schützen kann.

Wir glauben annehmen zu dürfen, daß es keinen nach der Probe gelüftet.

Man denke an den Kampf der Unternehmer gegen die „unenträglich“ Soziallasten. Weiter berücksichtige man die wütenden Angriffe der Arbeitgeber auf „den Lulus“ in der Arbeitslosenversicherung. Ebenfalls den ständigen Kampf gegen die „Mittellosen“ Krankengelder, die zum „Krankfeiern anreizen“. All das gibt einen kleinen Vorgeschmack von der Entwicklung, wie wir sie bei Verwirklichung der neuen Unternehmertheorie zu erwarten hätten. Der tiefe Sinn dieser Theorie ist also nicht: Umleitung der sozialen Beiträge in die Kaufkraft der Arbeiterschaft, sondern das

Ganze ist nur ein plumper Versuch, die sozialpolitischen Erfolge der organisierten Arbeiterschaft sich als das „lästige Opfer“ vom Hals zu schaffen zu können. Die organisierte Arbeiterschaft aber ist gar nicht dumm genug, um auf diesen neuesten Köder anzubeißen. Der Kampf um erhöhte Löhne und Gehälter wird also auch in Zukunft in der bisherigen Form geführt werden müssen. Erfolge auf diesem Gebiet können nur starke Organisationen gewährleisten. Diese zu schaffen, muß unser aller Bestreben sein unter der Devise: Nicht Lohn- und Gehaltserhöhung statt soziale Beiträge, sondern Lohn- und Gehaltserhöhung und ausreichender sozialer Schutz. P. 3.

Was geht im Reichsverkehrsministerium vor?

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß im Reichsverkehrsministerium die schwärzeste Reaktion sich breit macht, so genügt ein Blick in das „Reichsverkehrsblatt“ Nr. 25 vom 9. August 1927, das endlich, nach 2½jährigem Brüten, die abgeänderte Betriebsräteverordnung bekannt gibt.

Bezeichnend ist, daß eine Verhandlung mit den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter gemäß § 61 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes über den größten Teil der Abänderungen nicht erfolgt ist. Bei der Verhandlung am 31. Mai 1927 ist nur über die Anträge der Organisationen und die des Hauptbetriebsrates verhandelt worden. Der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums hatte den Organisationen die vorherige schriftliche Bekanntgabe der vom Ministerium beabsichtigten Abänderungen der Betriebsräteverordnung zugesagt, diese Zusage aber nicht eingehalten, sondern die jetzt durchgeführten Verschlechterungen verheimlicht.

Außer vielen Verschlechterungen und keiner einzigen Verbesserung ist besonders der § 72 für die Rückschrittlichkeit des Reichsverkehrsministeriums kennzeichnend. Das Reichsverkehrsministerium hat zwar bisher anerkannt, daß die Frage, ob die Reichswasserstraßenverwaltung ein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken ist, bis zur endgültigen Entscheidung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates zurückgestellt wird. Trotzdem hat es jetzt selbstherrlich angeordnet: „die Reichswasserstraßenverwaltung ist ein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken“. Die Folge ist nun, daß für die Betriebsvertretungen der Reichswasserstraßenverwaltung § 66 Ziff. 1 und 2 und § 71 des Betriebsrätegesetzes keine Gültigkeit haben.

Daß es den Herrschaften im Reichsverkehrsministerium wie auch den Bauamtsvorständen während der sieben Jahre des Bestehens des Betriebsrätegesetzes ein Dorn im Auge gewesen ist, daß auch die so von oben herab verächtlich angesehenen Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaftlichkeit des Betriebes mitreden durften, ist jetzt offen bewiesen. Wie schön war doch die Zeit, wo diese Herrschaften ungehemmt den privaten Unternehmern recht viel gewinnbringende Arbeiten zuschanzen konnten, ganz gleich, ob das wirtschaftlich war für den Staat und damit für die Steuerzahler oder nicht. Die Hauptsache war, im Winter möglichst recht viel von den beschäftigten

Lichtwunder der Großstadt

Ueberschüttet und umflutet vom strahlenden Glanz der nächtlichen Großstadtplätze, von dem unruhvollen Geklirren ihrer rauschenden Lichtfülle, die die Nacht in Tageshelle wandelt, können wir uns nur schwer in die Jahrhunderte des „finsternen“ Mittelalters zurückversetzen. In die Zeit, da nicht nur das Licht der Aufklärung trübe glimmte, in denen auch die Wohnungen der Menschen durch Rienspan und Delfungel nur notdürftig erhellt waren und wo nur die alleinseligmachende Kirche die die Sinne faszinierende Wirkung des Lichts geschickt zu nutzen und ihre Altäre mit dem Schimmer geweihter Kerzen zu schmücken wußte.

Jahrhunderte waren so buchstäblich in Dunkel gehüllt —, erst eigentlich die letzten Jahrzehnte führten den ungeheuren Siegeszug des Lichtes herauf. Wir erinnern uns alle noch unserer Kinderzeit, wo wir im Kreise der Familie um die gelbschimmernde Petroleumlampe herumsaßen, die im Prinzip dasselbe war wie die kleinen sonderbar geformten Dellämpchen, die man in den Grabstätten des Altertums entdeckte. Gas und Elektrizität waren in den Wohnhäusern noch eine große Seltenheit, die sich nur reiche Leute gestatten konnten. Heute ist es eine natürliche Selbstverständlichkeit geworden, daß durch eine kleine Bewegung der Hand Licht in den gläsernen Birnen aufspringt, die von einer unsichtbaren fernen Lichtquelle gespeist werden, und man denkt über den wunderbaren und komplizierten Vorgang nur nach, wenn die unsichtbare Kraft einmal versagt. Und die ganze Lebensbasis unserer Zeit wird erschüttert, ihr tätig kreisender Blutstrom stockt, wenn auch nur auf Stunden die Arbeiter der riesigen Werke ihre Hände in den Schoß legen und der lichtpendende Stoff des Gases nicht mehr durch die eisernen

Röhren strömt, das Gewirr der elektrischen Drähte unbeseelt und tot in den Kabeln liegt, die unterirdisch die Straßen der Städte durchziehen.

Erst wenn man durch einen Streif des kostbaren Gutes beraubt war und sich mit einer trübsackernden Stearinkerze behelfen mußte, wurde man sich des Gemeinschaftscharakters unserer Lebens- und Wirtschaftsweise bewußt. Im sonst so wenig individualistischen Mittelalter hatte man durchaus keine „städtische“ Straßenbeleuchtung, die Bürger muhten sich abends bei ihren Gängen mit Handlaternen ausrüsten oder sich, wenn es ihr Stand erlaubte, Fackelträger mieten. Erst Ende des 14. Jahrhunderts machte man einen bescheidenen Anfang. Der Magistrat von Köln ließ eine öffentliche Laterne aufhängen und viel später, Anno 1677, ordnete der Große Kurfürst an, daß die Berliner an jedem dritten Haus eine Laterne herauszustrecken hätten, die von den lieben Nachbarn abwechselnd besorgt werden sollte. Aber die sparlosen Bürger saßen den Segen dieser Maßnahme nicht ein und sabotierten das Gebot, und man kann sich unschwer die Ungemütlichkeit des abendlichen Straßenlebens vorstellen, wenn Regenwetter die dürftig gepflasterten Gassen ungemütlich machte und lichtscheue Existenzen ihr Wesen treiben konnten.

Vor allem war es die Legend der Sparsamkeit unserer guten Vorfahren, die der Entwicklung einer Straßenbeleuchtung im Wege stand, galten doch noch Anfang des 19. Jahrhunderts die paar bescheidenen Straßenlaternen als Lulus, ja als heillose Verschwendung. Die Stadtväter kalkulierten in die Berechnung der Brennstunden sogar das Licht des Vollmondes ein, selbst wenn dieser, durch Bewölkung verdeckt, nicht in den Straßen wachen konnte. Es muß für die damaligen Bewohner Berlins ein ungeheures Ereignis gewesen sein, als 1826 zum ersten Male Unter den Linden die Gaslampe

Arbeitern aussetzen zu lassen mit der Begründung, das Geld ist für das laufende Etatsjahr verbraucht. Dann hatten die vor- genannten Herrschaften Zeit zum Winterschlaf; für ihr Gehalt war gesorgt, und die befreundeten Unternehmer hatten den Riesengewinn in der Tasche. Diese Zeit wollen die Herrschaften wieder haben, deshalb die verschlechte Betriebsräteverordnung. Wenn bis vor einiger Zeit sich die im Reichsverkehrsministerium befindliche Reaktion nur unter der Decke auswirkte, so tritt diese mit dem jetzigen Reichsverkehrsminister an die Oberfläche und zeigt offen ihr Gesicht. Daß der Reichsverkehrsminister Koch ein Spielball seiner Beamten im Reichsverkehrsministerium ist, wird ihm selbst von seinen Gefinnungsfreunden in nachstehendem Brief der Deutschen Wasserstraßengewerkschaft an ihn bescheinigt, den wir der Nr. 15/16 vom 6. August 1927 der Zeitschrift „Strom und Schleuse“ entnehmen:

„Beiliegend übersenden wir Abschrift einer Eingabe zur persönlichen Kenntnisaufnahme mit der ergebenden Bitte, den von uns gemeldeten Beschwerden doch einmal energisch nachzugehen zu wollen. Im allgemeinen herrscht in den Betrieben der Eindruck, der Herr Minister kann befehlen, was er will, jeder Bauamtsvorstand regiert deshalb doch nach seinem persönlichen Ermessen.“

Den Eindruck haben wir auch schon längst. Daß dem Reichsverkehrsminister Koch jede sachliche und soziale Einstellung seiner Beamten ein Greuel ist, beweist, daß er einem der fähigsten Referenten, dem Min.-Rat Oppermann, das Referat für Sozialversicherung und Unterstützungsangelegenheiten abnehmen will. Diese Aufgaben soll Min.-Rat Leube mit übernehmen, derselbe Herr, dessen bisherige Tätigkeit nur in der dauernden Beunruhigung der Arbeiter und Angestellten der Reichswasserstraßenverwaltung bestanden hat. Gerade die Abnahme des Sozialreferats von Herrn Oppermann und Uebertragung an Herrn Leube würde für unsere Organisation die größten Befürchtungen auslösen. Heute noch schweben mit den Hanfsaftstädten Hamburg, Bremen und Lübeck die Verhandlungen über Schaffung einer Ruhelohnverforgungskasse für diejenigen Arbeiter, die früher als Staatsarbeiter der drei freien Städte gegolten haben und seinerzeit durch Verhandlungen dem LWB. unterstellt worden sind. Dabei muß beachtet werden, daß diese Arbeiter als ehemalige Staatsarbeiter bereits Anspruch auf Ruhelohnverforgung hatten und das Reichsverkehrsministerium jetzt schon sechs Jahre gebraucht hat, um diese Frage zu klären. Kürzlich haben Vorverhandlungen stattgefunden, und demnächst sollte die Frage zur endgültigen Entscheidung gebracht werden. Eritt hier ein Wechsel in dem Referat ein, und gar dergestalt, daß Herr Leube die Angelegenheit behandeln soll, dann — das müssen wir leider offen aussprechen — haben wir jede Hoffnung auf ein für uns annehmbares Abkommen verloren.

Wir wollen dem Reichsverkehrsministerium gern zugestehen, daß manche Frage längst hätte geklärt werden können, wenn endlich die so dringend notwendige Verreichlichung der Wasserstraßen mit ihrem organisatorischen Aufbau durchgeführt worden wäre. Daß es aber so wie jetzt nicht weitergehen kann, darüber sollten sich endlich alle beteiligten Kreise im klaren sein.

Ein Fall aus der letzten Zeit ist geradezu charakteristisch für den Beweis unserer Behauptungen. Am 10. Juni 1927 ist im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch für die unter den LWB fallenden Arbeiter gefällt worden. Am 17. August, also rund neun Wochen später, wird uns aus Schwerin mitgeteilt, daß die dortige Wasserbauverwaltung sich weigert, die in dem Schiedsspruch enthaltenen Verpflichtungen den Arbeitern gegenüber anzuerkennen, weil vom Reichsverkehrsministerium noch keine Verfügung eingegangen sei. Das ist der Amtschimmel wie er leibt und lebt. Und das geschieht in einem Ministerium, dem ein deutschnationaler Minister und ehemaliger Gewerkschaftssekretär vorsteht, ein Minister, der einer Partei angehört, die sonst in der Nachkriegszeit nicht genug über die angebliche Schlamperie in den Ministerien schelten konnte.

Das Reichsverkehrsministerium und alle, die es ehrlich mit der Verreichlichung der Wasserstraßen meinen, müssen sich im klaren darüber sein, daß an einer Verreichlichung der Wasserstraßen, deren Verwaltung ihr Hauptaugenmerk darauf richtet, den Arbeitern ihre gesetzlichen Rechte zu rauben und sie zu schikanieren, die Gewerkschaften nicht das geringste Interesse haben.

Daß es unter der Ära Koch anders werden könnte, ist nicht anzunehmen. Aus diesem Vorgang müssen aber unsere Kollegen in den Wasserbauverwaltungen endlich ersehen, daß gegen darartige reaktionäre Bestrebungen nur eine gut disziplinierte gewerkschaftlich geschulte Arbeiterschaft etwas auszurichten imstande ist. D. St.

Die Irrwege der Justiz erfordern dringend die Aufhebung der Todesstrafe.

Die Irrwege, die die Justiz in den letzten Jahren ging, ist nicht nur eine deutsche Erscheinung. Sie ist international. In Ländern, wo der Faschismus oder seine Gefinnungsverwandten regieren (Italien, Spanien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien usw., von Rußland ganz zu schweigen), kann man natürlich keine vernünftige Justiz erwarten. Das Betrübenste ist, daß sich die Wünsche der sogenannten Rechtsprechung und der Strafvollzüge auch in demokratischen Ländern (Deutschland, Oesterreich) und wie der Sacco-Banzetti-Skandal und die diversen amerikanischen Muder-Prozesse zeigen, sich auch in den Vereinigten Staaten Nordamerikas breit machen. Sieben Jahre lang hat sich die Sacco-Banzetti-Affäre hingezogen, bis die beiden, die alle Welt für unschuldig hält und trotz der Proteste aller Welt in der Nacht vom 22. zum 23. August 1927 doch auf dem elektrischen Stuhle zu Tode geschmort wurden, zur Schande der amerikanischen Justiz, Wessen hatte man die beiden angeklagt und weshalb wurden sie zum Tode verurteilt?

Im Jahre 1920, als die revolutionären Wogen in Europa hochgingen und der Bolschewismus in der Blüte stand, glaubte man sich in Amerika gegen die drohende „rote Gefahr“ absperrern zu müssen. Diese „rote Gefahr“ führte zunächst zu einer schroffen Be-

auffrahlern und mit ihrer weißlimmernden Helligkeit wie eine festliche Illumination angestaut wurden.

Wie alles Neue erregten natürlich auch diese Scheinwerfer einer modernen Zeit das stärkste Mißtrauen konservativer Gemüter, die durch die neue Erfindung — nicht ganz ohne Berechtigung — einen Umsturz der Weltordnung witterten. Wir lächeln heute spöttisch und selbstbewußt, wenn wir den von geradezu vorintuitiver Denkungsart diktierten Artikel lesen, der vor ungefähr 100 Jahren in der „Königlichen Zeitung“ erschien und Gott und die Welt gegen die sündhafte Neuerer der Gasbeleuchtung anrief. Er verwarf sie aus allen Gründen, vor allem aber aus theologischen: weil sie als Eingriff in die Ordnung Gottes erscheint. Nach dieser ist die Nacht zur Finsternis eingeseht, die nur zu gewissen Zeiten vom Mondlicht unterbrochen wird. Dagegen dürfen wir uns nicht auflehnen, den Weltplan nicht Hofmeistern, die Nacht nicht zum Tage verkehren.

Aus philosophisch-moralischen Gründen: die Sittlichkeit wird durch Gasbeleuchtung verschlimmert. Die künstliche Helle verschleucht in den Gemütern das Grauen vor der Finsternis, das die Schwachen von mancher Sünde abhält. Die Helle macht den Trinker sicher, daß er in den Zechstuben bis in die Nacht hinein schwelgt und sie verpupelt verlebte Paare.

Aus politischen Gründen: sie macht die Pferde scheu und die Diebe kühn.

Aus volkstümlichen Gründen: öffentliche Feste haben den Zweck, das Nationalgefühl zu wecken. Illuminationen sind hierzu vorzüglich geeignet. Dieser Eindruck wird aber geschwächt, wenn derselbe durch allnächtliche Quasilluminationen abgestumpft wird. Daher gafft sich der Landmann toller in dem Lichterglanz als der lichtgesättigte Großstädter.

Es ist nicht zum Ausdenken, wenn der schreckhafte Zeitungs-schreiber von damals plötzlich auf den Potsdamer Platz von Anno 1927 versetzt würde, wenn das arme, verängstigte Gemüt von dem tollen Geistesputz der modernen Lichtreklame umtanzt würde. Wenn ihn von der Höhe eines Daches flammende Teufelchen anschielen: „Rauche Manoli-Zigaretten!“, von der anderen: „Nur Mauglion-Schokolabel!“, „Jeder liebt die Welt am Montag!“, „Vog ist die führende Weltmarke!“, wenn die lichterfüllten Riesentästen der Straßenbahnen an ihm vorüberatterten, die Feueraugen der Autos ihn zu verbrennen drohten! Müßte er nicht das bengalische Feuerwerk, das Verkehr, Reklame und geselliges Leben der Großstadt allabendlich enifalten, als grandioses, göttliches Wunder oder als teuflisches sinnbetörendes Blendwerk höllischer Mächte empfinden?

Wie unromantisch sind wir Heutigen geworden, daß wir die rauschende Musik des Lichtes so nüchtern und selbstverständlich hinnehmen! Gewiß, wir lassen uns gern umgaulen von den künstlichen Sonnen und buntglühenden Sternen, die in ewiger Unruhe, Aufmerksamkeit heischend, durch die langen Züge unserer Großstadtstraßen flammen, von dem strahlenden Zauber der Lichteffekte in Schaufenstern und Lokalen, dem Taumel der modernen Reklame, die ihre Anpreisungen mit feurigen Riesentexten schreibt und sich sogar vermischt, Buchstaben aus Gaswolken an den als Reklamefläche entdeckten Himmel zu zaubern. Aber das Wunder verliert an Wirkungskraft, wenn es alltäglich wird und wenn man seine Zusammenhänge in der Physikstunde erklären kann. Der alte Belsazar erschrak zu Tode, als die unsichtbare Hand mit Feuer zu schreiben begann — wir haben heute selbst den Trick raus und lächeln über den alten Sünden, der erst mal unseren Feuerzauber hätte sehen sollen.

Margaret Hartig-Bauer.

Schränkung der Einwanderung. Das Land wurde in eine Art Ausnahmezustand erklärt und gegen die „Roten“ eine große Razzia organisiert. Verhaftungen wurden in Massen unter den eingewanderten Italienern, Russen, Spaniern usw. vorgenommen und alle des Landes verwiesen. Während dieser Schreckensherrschaft ereigneten sich zwei aufsehenerregende Fälle. Erstens, im Süden von Braintree, im Staate Massachusetts, wurden auf offener Straße zwei Kassenboten, die 15 000 Dollar Lohngehalt bei sich trugen, von zwei Männern erschossen und beraubt, ein Auto fuhr vor mit drei Insassen, die mit den Mördern zugleich entkamen. Die verwegene Tat war das Werk eines Augenblicks: Niemand hatte so recht bemerkt, was vorgegangen war, nur glaubte man fünf dunkle Ausländer bemerkt zu haben, die im Auto davonrasten. Zweitens, unter den verhafteten „Roten“ befand sich auch ein Gefinnungsgenosse von Sacco und Banzetti mit Namen Salsedo, der aus dem Fenster des hohen Polizeigebäudes stürzte und sofort tot war. Große Aufregung herrschte unter den Ausländern. War Salsedo aus dem Fenster geworfen worden, oder hatte er sich aus Angst vor den zu erwartenden Torturen aus dem Fenster gestürzt? Es entstand unter dem ausländischen Element eine Protestbewegung gegen das brutale Vorgehen der Polizei. Unter den Organisatoren befanden sich Sacco und Banzetti, die dadurch die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich lenkten. Und warum auch nicht? Waren es auch keine Kommunisten, so waren es doch Anarchisten und das genügte, um sie des Mordes anzuklagen. In ihrer Angst vor der Ausweisung haben die beiden in der Tat unwahre und widersprechende Aussagen gemacht, aber vor Gericht legten sie ein einwandfreies Alibi ab. Wie die „Beweise“ gegen die Unglücklichen zustandegebracht wurden, dafür sei folgender Vorfall während des Prozesses angeführt: Das Gutachten eines Sachverständigen schien recht belastend für Sacco. Der Richter deutete es so, die im Körper bei einem der Getöteten gefundene Kugel gehöre zu dem bei Sacco vorgefundenen Revolver. (Sacco hatte aber bei seiner Vernehmung angegeben, er sei nicht im Besitz von Waffen). Gegen die definitive Deutung des Richters hat sich später der Sachverständige gewehrt und unter Eid ausgesagt, es sei unmöglich zu behaupten, die Kugel entstamme dem Revolver Saccos. Was aber scherte das die amerikanische Gerechtigkeit? Ferner, der mit Sacco und Banzetti hingerichtete Bandit Madeiros, der eines anderen Mordes wegen verurteilt war, sagte im Gefängnis aus, er stehe in Verbindung mit der Ermordung der Kassenboten, Sacco und Banzetti wären unschuldig. Aber es half alles nichts, die amerikanische Justiz ging ihren Weg und mordete kaltblütig zwei unschuldige Menschen. Diese einzig dastehende Justiz hat tatsächlich in der langen und quatschollen Sacco-Banzetti-Periode den Grundsatz aufgestellt: es ist besser zwei unschuldige Menschen zu morden als die Autorität des Gesetzes untergraben zu lassen. Senator Borah wird nun sagen können: „die Würde“ und die „Sittenreinheit“ des Gesetzes seien gewahrt worden. Es ist ein sonderbares „Rechtsgefühl“, das sich hier offenbart.

Das Justizverbrechen an Sacco und Banzetti übertrifft bei weitem noch die französische Dreyfus-Schande von ehemals. An Dreyfus, den man nur auf eine Insel mit unmenschlichen Lebensverhältnissen verbannt hatte, konnte das an ihm begangene Justizverbrechen wenigstens zum größten Teil wieder gutgemacht werden, indem man ihn der Zivilisation und Menschlichkeit wieder zurückgab. Für Sacco und Banzetti und viele andere, die in und außerhalb von Amerika Opfer einer falschen Justiz geworden sind, gibt es keine Wiedergutmachung mehr. Dabei hätte gerade Amerika alle Ursache, sich einer menschlichen Justiz zu befleißigen, lastete doch auf ihm noch immer der Makel des Justizmordes an den sieben Anarchisten, begangen im Jahre 1887 in Chicago. Die Sacco-Banzetti-Affäre hat einen Sturm der Entrüstung in der ganzen Welt ausgelöst. Sollte dieser Sturm nicht dahin gelenkt werden, daß endlich der seit Jahrzehnten von den Sozialdemokraten aller Länder geforderten Aufhebung der Todesstrafe endlich entsprochen wird. Eine Anzahl Länder, wie Holland, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Oesterreich, haben sich schon seit Jahren von dieser Unkultur befreit. In Deutschland jedoch will man anscheinend die Unkultur der Todesstrafe für alle Zeiten festlegen; denn hier geht man jetzt daran, ein neues Strafgesetzbuch zu schaffen, das aller Proteste der Kulturpolitiker zum Trotz wiederum die Todesstrafe vorsieht. Noch ist es nicht zu spät, sie aus dem Gesetz zu beseitigen, und wenn der Sacco-Banzetti-Standal hierzu in erheblichem Maße beiträgt, so kann man wenigstens den einen Trost haben, daß die beiden italienischen Anarchisten in Amerika nicht ganz umsonst gestorben sind.

Unsere Jugend

Zu neuem Beginn!

Aus einem Sprechhorwerk von Jos. S. Sommer.
Lasset die Tage, die wir verlebten,
an uns vorüberzieh'n!
Schritten mit wehenden Fahnen jungfräuliche Scharen
aus allen Städten und Gassen, Fabriken und Engen
hinaus!

Suchten — —
und fanden wieder uraltes Gut:
Die Gauen der Heimat, ihre Gefänge, Gebräuche und Sitten,
mit ihren Tälern und Bergen und Höhn,
mit ihren Menschen und ihrem Beten.
Gruben es in sich und trugen den Schatz
heilig gehegt.
Ließen ihn wachsen — in Gruppen und Gauen und Bänden,
gaben ihm Urgrund und Kraft und Gewicht.
Fanden jenseits der Mauern die Sonne
mit ihrem Licht!
Lebten jenseits des Hasses zwischen den engen Gassen
die Liebe.
Trugen ihr flammendes Licht in strahlendem Antlitz
über das Graue der Tage, das Dunkel der Not,
in Freude und festem Glauben zusammen —

*

So standen auf gläubigem Grund die Jungen des Reichs
Mühten, von rußendem Licht gezündet, sich um ihr Sein.
Standen zu Dienst bereit — und zur Tat!
— — — Vor Jahren!
Die Wellen des Aufbruchs scheinen erbeb't.
Die Kräfte des Sturmes scheinen erlahmt,
die Waffen des Kampfes veraltet.
Doch — — — wenn wir die Erben sind,
dann lasset uns neue schmieden.
Wenn wir noch Jugend sind,
rüstet zum Kampf!
Sehen wir nichts mehr von Faulen, weil es verborgen liegt?
Oder bewußter, als Ordnung verteidigt, sich bläht?
Laßt uns es suchen und um Erkennen müß'n!
Zunächst an uns selber! — — —
Daß unser Wachsen ein Wachsen ins Reine sei —
Sichwärts und Kühn!
Daß es ein Ringen sei um ein Leben,
das aus der bittersten Not heraus
wieder Sinn hat und Ziel!
Dazu stehet bereit!
Füllet die lichten Reihen,
schwinget die Fahnen hoch und lasset sie wehen.
wo Jugend schreitet!

Ein neuer Beginn führ uns zusammen —
über die eitelen Klüfte der Stände hinweg —
das angstvolle Wachen der Alten,
zu neuem Flug!
Auf bestem Alten bauend —
In Gott verankert — und seinem Geiste,
der uns erfülle!
Wehender Geist, heiliger Geist — mit lohenden Flammen!
Führe das Volk und auch die Völker
über das sinkende Alte
aus neuem Glauben und Willen zusammen!

Proletarische Feiertunden

Keeperbahn in Hamburg.
Keller. Schmierig. Rohe Tische und Bänke.
Dirnen — Zuhälter — Seeleute.
Ein Grammophon grüßt den dänischen Sozialistenmarsch.
Rauhe Kehlen brüllen den Refrain:
Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not,
Zu kämpfen für Freiheit und Brothot,
Uns bindet

Vorstadtkino.
Enggedrängt die Menschen.
Starren auf die Leinwand. Gestalten flimmern. Und dann
gehen sie nach Hause. Die Herzen, die Augen voll Sehnsucht:
Wie edel der Graf, der das unglückliche arme Mädchen zu
sich aufs Schloß nahm und sie zu seiner Gemahlin machte.
Die Leiber dampfen — drängen zueinander.

Graf — armes Mädchen — Schloß — Pferdewagen — Autos — gut essen und trinken —

Ach, sie wollen ja nur einmal glücklich sein! Und sehnsuchts-felig sinken sie ins Traumland.

Der Stenitzsee im Osten Berlins.

Wandervogel kommen.

Wandervogel? —

Wird ihr Aufzug. Bunte Bänder am Hut — Messingringe in den Ohren — Messer im Gürtel — Stiefel und Kochtopf auf dem Rucksack.

Sie toben — verwüsten — schreien — schleßen — singen — und wissen nichts von Glück und Lebensfreude und Naturverbunden-sein

Proletarische Feierstunden?!

Ja und Nein.

Mit der Jugendbewegung fängt es an. Die aus Ablehnung alter Gesellschaftsverhältnisse entstandene Jugendbewegung versucht auf allen Gebieten neue Formen zu finden oder besser: alte Formen zu neuem Leben zu erwecken. Nicht zuletzt zeigen sich diese Bestrebungen auf dem Gebiete der Festkultur, wo die Dilettanten-bühne durch das Laienspiel, das kitschige Theaterstück durch alte Volkschwänke ersetzt werden, wo anstatt in rauchigen, dunstigen Sälen die Veranstaltungen im Freien oder in geeigneten Heimen stattfinden.

Zwei Pole standen sich gegenüber. Hier die Jungen mit ihrem Streben um neue Lebensgestaltung, dort die Alten, die in den Jungen instinktiv eine Gefahr für ihre Stellung in der Gesellschaft fühlen und sich deshalb an die alten Traditionen ketten. Der Gegensatz scheint unüberbrückbar. Niemand will nachgeben. Und jeder weiß sich durchaus im Recht.

Dann kommt das Erlebnis des Krieges. Alten und Jungen wird das gleiche Schicksal aufgezwungen. Sie kommen sich nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich näher. Die Alten sehen, daß das Wollen der Jungen nicht nur Phantasie und Hirngespinnst sei, und die Jungen erkennen in den Alten Menschen, die wie sie von der Sehnsucht nach einer neuen Zeit getrieben werden. Ihre Hände und Herzen finden sich.

Das ist die Zeit der Gärung und Klärung.

Revolution, Straßenkämpfe. Politische Debatten. Die Jungen haben sich in die große Linie eingeordnet. Die romantische Schwärmerei ist beendet. Wird sich das Wollen der Jungen bewähren? —

Große politische Umwälzungen bedingen Umwälzungen auf allen Gebieten des Geisteslebens und umgekehrt. Die Ideale wandeln sich. Man kennt nicht mehr das „Ich“, das „Du“, das „Ihr“; das Individuum tritt zurück, die Masse, das „Wir“, übernimmt die Führung.

Und darin liegt das Wesentliche, das Geheimnisvolle, das Ergreifende und Packende der proletarischen Feierstunde. Wie die Wandlung des Ideals vom Individuum zur Masse geht, so wandelt sich das Theater-Ideal des Proletariats vom Theater, des Individuums zum Theater der Masse. Die Masse spielt Theater, gestaltet Theater — für die Masse!

Hast du schon einmal eine proletarische Feierstunde erlebt? Groß und mächtig der Saal. Klare, einfache Linien. Du fühlst dich herausgerissen aus dem Getriebe des Alltags, bist eingestellt auf den Raum, auf die Menschen, auf das, was sich auf der Bühne da unten abspielen soll.

Orgelton durchbraust den Raum. Dazwischen tief und wohl-lautend das Cello oder hell und himmelhochjauchzend die Geige. —

Arbeiterfänger. Harmonisch in das Programm, in den Raum, in die Menschen eingegliedert. Auch das Ideal des Sängers hat sich gewandelt. Sie singen nicht mehr „von Lenz und Liebe, von seliger, goldener Zeit“, sie singen Lieder der Arbeit, in sich tragend den Rhythmus der Maschinen.

Und wieder kommt eine Steigerung. Der Sprechchor. Bestimmend für die proletarische Feierstunde. Masse spricht zu Masse. Gestaltetes Erlebnis arbeitenden Volkes. Bewegung — Musik — Ton — Rhythmus — Aufschrei und Einlaß. Das kennzeichnet den Sprechchor, das kennzeichnet die proletarische Feierstunde.

Das ist die proletarische Feierstunde. Hat sie noch etwas zu tun mit Kasperbahn, Vorstadtkino oder lautem Lustoben und Aus-lümmeln an freien Tagen und in freier Zeit? —

Ein neues Geschlecht wächst heran. Entfremdet und im Gegen-satz zu den „Alten“. Es fehlt das große Erleben, das beide eint. Und in diesem neuen Geschlecht reifen neue Festesformen. Es heißt nicht mehr: „Individuum“, es heißt nicht mehr „Masse“, es heißt „Gemeinschaft“. Soll das Gemeinschaftsfest der Jugendbewegung ausschließlich dieser jungen Generation dienen oder soll eine Syn-these gefunden werden zwischen der proletarischen Feierstunde und diesem Gemeinschaftsfest, das so feine, vornehme und feierliche Formen zeigt? —

Wo sind die Menschen, denen es gelingt, beides zu vereinen?

H. L ö g g o w.

Reichs- und Staatsarbeiter

Sektion der Kulturvorarbeiter Gau Nürnberg. Endlich ist es gelungen nach 1 1/2 Jahr mit der Kreisregierung Mittelfranken einen Tarifvertrag abzuschließen. Der den Kulturvorarbeitern so manches gute gebracht hat. Bereits zwei Jahre wurde daran gearbeitet, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die wahllich nicht die rosigsten waren, zu verbessern. Nach hartem Kampf und wiederholtem Verhandeln mit der Kreisregierung ist es auch gelungen, die Lohn- und sonstigen Verhältnisse derjenigen Vorarbeiter beim Straßen-, Fluß- und Landbauamt sowie derjenigen der Gemeinde- und Staatsbetriebe anzupassen, was bisher nicht der Fall war. Wohl muß zugestanden werden, daß wir nicht alles erreicht haben, was wir uns zum Ziel gesetzt haben, dies soll und muß Aufgabe der Kulturvorarbeiter für die Zukunft von heute ab schon sein. Auch verschiedene Unklarheiten, deren Auslegung zweideutig sein kann, müssen den zuständigen Instanzen klargestellt werden. Von den Errungenschaften seien nur einige erwähnt, Lohnzahlung für sämtliche feierliche Feiertage, bisher nichts, Bezahlung der geleisteten Ueberstunden, wo solche von Gemeinden, Gewerkschaften oder Arbeitern verlangt werden; Lohnvergütung bei verschiedenen Arbeitsverhältnissen, Krankenlohn 90 Proz. vom Grundlohn. Bisher bestand nur ein ungenügendes Krankengeld. Es sei hier zu erinnern, daß bisher ein Kulturvorarbeiter sich erst dann krank meldet, wenn er beim besten Willen nicht mehr arbeiten konnte. Weiter ist beim Urlaub eine entschiedene Verbesserung eingetreten. Gegenüber den Vorjahren ist also eine gewaltige Verbesserung zu verzeichnen, die ohne Organisation nicht zustande gekommen wäre. Arbeiten die Kulturvorarbeiter mit ihrer Organisation so weiter wie bisher, dann werden auch weitere Verbesserungen folgen. Wohl sind uns schon Stimmen zu Ohren gekommen, daß im Tarif festgelegte Vergünstigungen von den zuständigen Bau-ämtern nicht anerkannt werden. Hier ist es Pflicht aller derjenigen Vorarbeiter sich an ihre Organisation zu wenden, die jederzeit bereit ist, ihnen zum Recht zu verhelfen. Sorgt darum dafür, daß sich die noch fernstehenden Kulturvorarbeiter dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband anschließen.

Aus unserer Bewegung

Konferenz der schlesischen Gärtner, Gartenarbeiter und Arbeiterinnen. Eine bisher wenig an die Öffentlichkeit getretene Gruppe von Arbeitnehmern, und zwar die in Garten- und Parkverwaltungen Beschäftigten, traten, von unserem Gauvorstand Schlesien einberufen, zu einer Konferenz am 23. Juli im „Volkshaus“ Liegnitz zusammen. Da zurzeit in Liegnitz die Gugalifindet, so waren die Konferenzteilnehmer auch beruflich an dieser interessiert. Anwesend waren 53 Delegierte. — Ueber „Die Gugalif und deren Bedeutung“ referierte Kollege M a r t i n - Breslau. Die Gugalif wurde am 25. Juni 1927 eröffnet und soll den Besuchern zeigen, daß im Osten tüchtige Kräfte rührig sind und mit den übrigen Teilen des Reiches konkurrieren können. Auf einem Gelände von 325 000 Quadratmetern hat die Stadt Liegnitz eine sehenswerte Ausstellung geschaffen. In besonderen Hallen zeigen Industrie und Gewerbe die neuesten Verbesserungen der Technik für Haus und Garten. Auch Erzeugnisse der Gas- und Elektrizitätswerke und deren Verwendung werden gezeigt. Anschließend die Gartenbauausstellung. Hier lösen sich die verschiedensten Blumen-, Palmen-, Gemüse-, Beeren- und Obstanlagen einander in wirkungsvoller Weise ab, aber auch Sondergärten, Ferien- und Wochenendhäuschen sind in schönster Ausführung zu sehen. Sind zum großen Teil auch Privatfirmen an dieser Ausstellung beteiligt, so ist bei einem Teil die bedauerliche Tatsache festzustellen, daß in sozialer Beziehung für die Arbeitnehmer noch vieles zu wünschen übrigbleibt. Diese können nur durch Zusammenschluß in der Organisation Abhilfe schaffen. Aber auch Reichsbahn, Post, Landwirtschaftskammer, Bauhütte, die verschiedensten Industrien und Stadtverwaltungen u. v. a. haben durch Ausstellung von Bauprojekten, Zeichnungen, Erzeugnissen besonderer Art zum Gelingen der Ausstellung reichlich beigetragen. Wenn diese Anfang Oktober ihr Ende erreicht, so werden die Kollegen vielerlei Anregungen mit nach Hause genommen haben,

welche zum Besten der Stadtverwaltungen verwendet werden können. — Nach diesem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage sprach Kollege Heinze über die Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten in den Parkverwaltungen. Er führte dabei aus, daß zu dieser Frage die demnächst stattfindende Reichskonferenz besonders Stellung nehmen wird. Der Reichsarbeiterverband versucht durch stets und ständig gestellte Anträge beim Reichsarbeitsministerium die öffentlichen Garten- und Parkanlagen unter Forstbetriebe zu stellen, damit die dort beschäftigten Kollegen die niedrigen Löhne der Forstarbeiter und sonstige Verschlechterungen erhalten. Bereits seit dem ersten im Jahre 1919 abgeschlossenen Tarife zeigte sich das Bestreben, Sonderentlohnungen einzuführen; doch ist die Organisation stets bestrebt, diese verschiedenen Bezahlung abzuweisen. Aber auch den Abschluß von Ruheohnordnung und Hinterbliebenenversicherung suchen die Arbeitgeber zu verhindern. Einzelne Gemeindeverwaltungen sind nicht dem Arbeitgeberverband angeschlossen, um dem Tarifzwang zu entgehen, doch werden diese durch Verbindlichkeitserklärung gezwungen, den Tarif zum Nutzen der Kollegen einzuhalten. Eine Statistik von Löhnen im Juli 1914, wobei der Arbeitgeberverband seine Mitglieder zur Mithilfe angewiesen hat, ist von diesem nicht unterstützt worden. Damals wurden Löhne für Männer von 12 bis 31 Pf., im Durchschnitt 22 Pf., für Frauen von 10 bis 21 Pf., im Durchschnitt 14½ Pf., gezahlt. Der Reichsmanteltarif soll verlängert werden. Verbandszugehörigkeit ist mit dem Beitragszahlen nicht allein getan, sondern alle müssen mitarbeiten zum Besten der Organisation. Kollege Heinze verlas danach eine Resolution, in welcher der Verbandsvorstand ersucht wird, eine Reichskonferenz zur Abwehr der Wiedereinführung der Vorkriegszustände einzuberufen. In der nun folgenden Diskussion wurde bittere Klage gegen das Verhalten der Christlichen bei Tarifabschlüssen und sonstigen Verhandlungen geführt, daß diese um geringfügiger Neußerlichkeiten und Titel willen große Verschlechterungen in Kauf nehmen. Beispielsweise wurden die Städte Gleiwitz und Neustadt, O.-Schl., genannt. Die Resolution Heinze wurde einstimmig angenommen.

Berlin erlebte am Sonntag, dem 28. August, einen großen Gewerkschaftstag. Die im Ortsauschuß des AÖGB., AÖV-Ortsartell und AÖB. vereinigten Gewerkschaften feierten in Treptow ihr Gewerkschaftsfest, das mit großen Demonstrationen aus dem Stadttinnern begann. Stundenlang dauerte der Durchmarsch durch die Köpenicker und Schleifische Straße. Auch die Gemeinde- und Staatsarbeiter hatten sich an verschiedenen Stellen gesammelt. Der Lausiger Platz als gemeinsamer Treffpunkt zum gemeinsamen Weitermarsch nach Treptow konnte aber nur von dem kleinsten Teil der Gemeinde- und Staatsarbeiter erreicht werden, weil die Gewalttätigkeit der allgemeinen Demonstration die Zuwege dorthin abschneidete. Weit mehr als 100 000 Demonstranten müssen es gewesen sein (wer konnte die Riesenumenge zählen?), die sich auf der Treptower Spielwiese zu einem gewaltigen Meeting mit einem Wald von roten Fahnen und Bannern einfanden. Die markige Rede des Genossen Eggert vom Vorstand des AÖGB., die vornehmlich an die Unorganisierten gerichtet war, wurde per Radio mit Lautsprecher über den fast unübersehbar weiten Platz getragen, so daß sie von jedermann gehört und verstanden werden konnte. Nach der Rundgebung ergoß sich die Menge in die verschiedenen großen Gartenlokale an der Spree, um sich der Festesfreude hinzugeben. So mancher der vielen Tausende, die zu beiden Seiten der Straßen den schier nicht endenwollenden Zug bewunderten, sowie mancher der vielen, vielen anderen, die die schöne Spielwiese umsäumten und Eggerts vortreffliche Ausführungen hörten, wird für den Eintritt in die Gewerkschaften bekehrt worden sein.

Halle a. d. S. In der starkbesuchten Funktionärstagung am 17. August 1927 gab Kollege Flucht einen eingehenden Bericht der Verwaltungsstelle. Er streifte die Lohn- und Gehaltsfragen der einzelnen Gruppen und Branchen und betonte die großen Schwierigkeiten, die sich bei den einzelnen Verhandlungen gezeigt haben. Wohl haben wir für die Gemeinde-, Reichs- und Staatsarbeiter und Beamten einige Lohnerhöhungen herausgeholt, jedoch konnten diese nicht die Ansprüche unserer Mitglieder befriedigen. Die kommenden Monate müssen eine festgefügte Organisation vorfinden, um unseren Kollegen auch weiterhin gerecht werden zu können. Für das Bildungswesen hat der Kulturausschuß gute Arbeit geleistet. Es ist unbedingt notwendig, wenn wir allen Anforderungen gerecht werden wollen, daß der monatliche Kulturbeitrag restlos abgeführt wird. Es ist nur möglich, unsere Gewerkschaftskurse so stark zu beschicken, wenn wir die Mittel dazu aufbringen können. Gleichzeitig kann nur dann den Funktionären Literatur übersandt werden, wenn der Kulturbeitrag restlos erledigt wird. Allgemeine Anerkennung fand die Mitteilung, daß wir von seiten des Kulturausschusses in den Herbstferien eine Anzahl Kinder unserer Mitglieder auf 14 Tage nach „Eisenhammer“ zur Erholung senden wollen. Eine weitere Propaganda von Mund zu Mund muß die Reihen unserer Organisation gewaltig stärken, dann wird auch das, was die Funktionäre gelobt haben, in die Tat umgesetzt werden und der Sieg bei Zusammenfassung aller Kräfte unser sein.

Rundschau

Gesamtübersicht der im Bereiche des Wirtschaftsbezirks Rheinland in den Gemeinde-, Provinzial-, Reichs- und Staatsbetrieben gewählten Betriebsratsmitglieder im Jahre 1927.

Filiale	Zahl d. Betriebsratsmitglieder		Im Verb. d. Gem. u. St.-Arb.		Christl. Verband		Andere freie Verb.		Unorg. und Splitter	
	Arb.	Ang.	Arb.	Ang.	Arb.	Ang.	Arb.	Ang.	Arb.	Ang.
Nachen	62	—	35	—	24	—	—	—	3	—
Nachen*)	3	1	3	—	—	—	—	1	—	—
Nachen**)	5	—	3	—	—	—	2	—	—	—
Nhrweiler	6	—	6	—	—	—	—	—	—	—
Ndernach*)	—	6	—	3	—	3	—	—	—	—
Nonn	61	8	27	—	34	—	—	5	—	3
Nonn*)	6	—	3	—	3	—	—	—	—	—
Nonn**)	12	1	12	—	—	—	—	1	—	—
Nurscheid	3	—	3	—	—	—	—	—	—	—
Neuel	4	—	1	—	3	—	—	—	—	—
Nielstein	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Nernkastel	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Nergisch-Glabbad	3	—	1	—	2	—	—	—	—	—
Nensberg	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Nenklingen*)	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—
Nüren-B.**)	2	3	—	—	2	3	—	—	—	—
Nüren	5	2	5	—	—	—	—	2	—	—
Nüren K. & A.	3	2	3	—	—	—	—	2	—	—
Nems**)	6	1	6	—	—	1	—	—	—	—
Nuskirchen	4	—	3	—	1	—	—	—	—	—
Nrechen	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Nischeln	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—
Nelbern	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—
Nodesberg	10	—	10	—	—	—	—	—	—	—
Nonnes	3	—	—	—	3	—	—	—	—	—
Nschweiler	3	—	2	—	1	—	—	—	—	—
Nslich	3	2	3	—	—	—	—	—	—	2
Nöln	130	22	82	—	41	4	7	18	—	—
Nöln**)	6	2	6	—	—	—	—	2	—	—
Nönigswinter	3	—	—	—	3	—	—	—	—	—
Nrefeld	48	2	35	—	10	—	3	2	—	—
Nempen	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—
Nerpen	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Noblentz	34	—	30	—	4	—	—	—	—	—
Noblentz**)	7	2	7	—	—	—	—	2	—	—
Ninz a. Rhein	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Nleichlingen	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
N.-Glabbad	46	—	32	—	12	—	—	—	2	—
Nlahen	4	—	4	—	—	—	—	—	—	—
Nleuwied	9	—	6	—	3	—	—	—	—	—
Nberlahnstein	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—
Nhligs	5	—	2	—	3	—	—	—	—	—
Nemagen	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Nhehdt	21	—	16	—	5	—	—	—	—	—
Nodenkirchen	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Noderbirken*)	—	3	—	3	—	—	—	—	—	—
Nuntalperren-G.	4	1	2	—	2	—	—	1	—	—
Nt.-Lönis	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—
Ntolberg	5	—	2	—	3	—	—	—	—	—
Niegburg	6	1	3	—	3	—	—	1	—	—
Nsichteln*)	—	6	—	—	—	6	—	—	—	—
Nrabens-Trarbad	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Nrier	28	4	18	—	9	—	1	4	—	—
Nrier**)	3	—	3	—	—	—	—	—	—	—
Nerzig**)	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Nerdingen	5	—	5	—	—	—	—	—	—	—
Nierfen	5	—	3	—	2	—	—	—	—	—
Nittlich	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—
Nittlich	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—
Nwald	9	—	7	—	—	—	2	—	—	—
Nwaldbröl	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	609	69	415	6	174	17	15	41	5	5

Anmerkung: Ohne Stern sind Gemeindebetriebe. Mit einem (*) Stern sind Provinzialbetriebe. Mit zwei (**) Sternen sind Reichs- oder Staatsbetriebe

Verbandsteil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Reichsmanteltarifvertrag für Straßenbahnen RMV, Str. III ist von den beteiligten Tarifvertragsparteien zum 31. Oktober 1927 getündigt worden. Der Verbandsvorstand.